



**Ulla Jelpke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ [ulla.jelpke@bundestag.de](mailto:ulla.jelpke@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

## **Weltanschauungsfreiheit gegen Gebühr?**

Heute entscheidet die Landesregierung in NRW über die Einführung einer Gebühr von 30 € für Personen, die aus der Kirche austreten wollen. Diese Gebühr soll die Kosten für die Annahme der Austrittserklärung und die Meldung an die Kirchen decken. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:

Dieser ganze Vorgang zeigt die unglaubliche Privilegierung der Kirchen in Deutschland. Der Staat übernimmt auf eigene Kosten schon einen Teil der Mitgliederverwaltung der Kirchen – den Einzug der Mitgliedsbeiträge als „Kirchensteuern“. Da ist es nur konsequent, dass er auch diesen Teil der Mitgliederverwaltung gleich mit übernimmt. Mit einer Austrittsgebühr will sich das Land NRW nun an den Austrittswilligen schadlos halten.

Nach dem Vereinsrecht ist die Erhebung einer Austrittsgebühr unzulässig, da sie eine unverhältnismäßige Erschwerung des Austritts darstellt. Dass eine solche Gebühr aber beim Kirchenaustritt erhoben werden soll, ist eine weitere Privilegierung der Kirchen – logisch wäre, die Verwaltungskosten bei ihnen einzutreiben. Hier wird die Bevorteilung der Kirche absurd.

Zu prüfen ist auch, ob diese Gebühr einen Verstoß gegen die grundgesetzlich verbrieft Weltanschauungsfreiheit darstellt. Diese umfasst auch, kein religiöses Bekenntnis zu haben. Dies ist vom Staat ebenfalls zu schützen. Die meisten werden Mitglied der Kirche, wenn sie darüber noch nicht selbst entscheiden können – per Taufe in den ersten Monaten ihres Lebens. Wenn sie mit 14 Jahren die Religionsmündigkeit erreicht haben, sollen diese jungen Menschen nun zur Kasse gebeten werden. Ebenso Studierende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger – Menschen also, die eine solche Gebühr besonders hart trifft.

Zu fordern ist nicht nur, dass die Einführung dieser Gebühr gestoppt wird. Mit der Trennung von Staat und Kirche muss in Deutschland endlich Ernst gemacht werden!